

285

p.B.11.43.1. - MB/MI

Bern, den 11. Februar 1970

VERTRAULICH

Mittwoch, 11. Februar 1970

Spionagefall Marcel Buttex,  
geb. 1913 in Lausanne.  
Verbotener Nachrichtendienst.

VERTRAULICH

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 10. Februar 1970.  
Politisches Departement. Mitbericht vom 11. Februar 1970  
(Beilage).

Der Bundesrat

b e s c h l i e s s t :

1. Von dem dem Politischen Departement ausgehändigten Bericht der Bundesanwaltschaft über die bisherigen Ergebnisse des gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens wird Kenntnis genommen.
2. Das Politische Departement wird beauftragt, dem sowjetrussischen Botschafter sofort die wesentlichen vorläufigen Untersuchungsergebnisse zu eröffnen, soweit sie die Botschaftsangehörigen Alexei Sterlikov und Nikolai Savine betreffen, und ihm mitzuteilen, dass der Bundesrat beschlossen hat, ihre Rückberufung zu verlangen.
3. Das Politische Departement wird beauftragt, die erforderlichen Vorkehren zu treffen entsprechend den in seinem Mitbericht vom 11. Februar 1970 geäußerten Bemerkungen.

Protokollauszug an das Politische Departement (4); an das Justiz- und Polizeidepartement (4).

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

*Schwall*

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT



286

p.B.11.43.1. - MB/di

Bern, den 11. Februar 1970

VERTRAULICHMitbericht

zum Antrag des Justiz- und Polizeidepartements  
vom 10. Februar 1970 in der Angelegenheit Buttex  
betreffend verbotenen Nachrichtendienst

Das Politische Departement könnte an sich dem Antrag des Justiz- und Polizeidepartements zustimmen, würde jedoch beantragen, in Ziffer 2 die Worte "sie als personae non gratae zu bezeichnen" durch die Worte "ihre Rückberufung zu verlangen" zu ersetzen.

Die vorgeschlagene Massnahme wäre jedoch nur sinnvoll, wenn gegenüber der Presse noch während einiger Tage Stillschweigen bewahrt werden könnte. Nachdem aber vom Justiz- und Polizeidepartement bereits für Donnerstag eine Pressekonferenz angekündigt wurde, ist vorstehende Bedingung nicht erfüllt.

Unter diesen Umständen schlägt das Politische Departement vor, es sei durch den Bundesrat schon heute die Rückberufung der beiden Beamten der sowjetrussischen Botschaft zu beschliessen. Diese Massnahme würde dem sowjetrussischen Botschafter heute nachmittag unter Einräumung einer Frist von zehn Tagen und der Presse morgen anlässlich der angekündigten Konferenz bekanntgegeben.

Nach der Bundesratssitzung wäre die Presse lediglich auf die morgige Orientierung zu verweisen.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT